

Die Weltpartei aus Moskau

Veranstaltungen in Berlin, Moskau und Sankt Petersburg anlässlich der Gründung der Kommunistischen Internationale vor 100 Jahren, März-April 2019

Am 5. März 2019 wurde die anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Internationale in Moskau von *Wladislaw Hedeler* (Berlin) und *Alexander Vatlin* (Moskau) konzipierte und erarbeitete Ausstellung im Gebäude des Russländischen Staatsarchivs für Sozialpolitische Geschichte durch *Dagmar Enkelmann*, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung und *Andrej Sorokin*, Direktor des gastgebenden Archivs, eröffnet. Es war der Auftakt einer Veranstaltungsreihe, mit der das Moskauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung und deren Kooperationspartner in der Russischen Föderation, darunter die Historische Fakultät der Staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität, die Moskauer Historische Rjasanow-Bibliothek, die Russische Staatliche Nationalbibliothek Petersburg und das Plechanow-Archiv in Sankt Petersburg, an dieses in der Linken kontrovers diskutierte Ereignis erinnern.

Die Ausstellungsmacher skizzieren auf fünf thematischen Tafeln der zweisprachigen Ausstellung den Kontext der Gründung der III. Internationale und präsentieren auf 14 biografischen Tafeln bisher unbekanntes bzw. unveröffentlichtes Quellenmaterial. Dabei steht Lenins Idee der Weltpartei sowie die sowohl zustimmende als auch kritisch distanzierte Aufnahme durch die angereisten Delegierten aus Deutschland; Österreich, Frankreich, Polen, Skandinavien und Ungarn im Mittelpunkt. Ausgewählt wurden jene Männer und Frauen, die auch an den Folgekongressen der Komintern teilnahmen. Ihre Biografien spiegeln sowohl ihre Verankerung in der komm. Bewegung wider wie auch Brüche, die sie mit der komm. Bewegung vollzogen haben.

Am 20. März 2019 folgte die Ausstellungseröffnung an der Historischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität im Rahmen einer von *A. Vatlin* organisierten Fachtagung am Lehrstuhl für neueste Geschichte „Die Gründung der Komintern: historische Legenden und wissenschaftliche Einschätzungen“. In drei Arbeitskreisen stellten Studenten und Hochschullehrer ihre Forschungsergebnisse zu folgenden Themen vor: Die Akteure auf dem I. Kongress der Komintern; die Schaffung nationaler Sektionen der Komintern, das Echo auf die Gründung der Komintern.

Neben dem Versuch, eine Kollektivbiografie der an der Gründung beteiligten Akteure zu skizzieren, wurde die Frage der Periodisierung der Geschichte der Komintern diskutiert. Dass es sich bei der Weltorganisation von Anbeginn an um ein Produkt bolschewistischer Politik handelte, war für die Aktivisten der ersten Stunde kein Problem. Die Niederlagen der Revolutionen im Westen trugen zur Aufwertung des Sieges der Bolschewiki in der russischen Revolution bei. Auf die Vorgeschichte, die mit dem I. Kongress endete, folgte die mit dem II. Kongress tatsächlich eingeleitete Gründungsphase.

Die Diskussion auf der Tagung in der historischen Fakultät der MGU rankte

sich um die Einschätzung der 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern und die Konflikte, die sich aus den unterschiedlichen politischen Praxen der Sozialisten in Westeuropa und der Bolschewiki in Sowjetrußland ergaben. Ab dem III. Kongress, der im Jahre 1921 stattfand, bestimmten neue Funktionäre das Bild der Komintern. In der Debatte über die nationalen Sektionen der Komintern ging es u.a. um die Spezifik der peripheren Revolutionen und den Perspektivwechsel in der Politik der Komintern. Die Verteidigung Sowjetrußlands trat damals an die Stelle des vor Warschau gescheiterten Versuchs, die Revolution zu exportieren.

„Der Zeit der Komintern“ war eine internationale wissenschaftliche Konferenz gewidmet, die vom 25.-27. März 2019 in Moskau stattfand. Als Organisatoren waren die Russländische Staatliche Soziale Universität (RGSU), die Staatliche Öffentliche Historische Bibliothek (GPIB), das Moskauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das RGASPI, die Russländische Gesellschaft für Militärgeschichte und das Museum des Sieges an der Vorbereitung der Tagung beteiligt. Diese fand am historischen Ort, dem einstigen Sitz der Komintern in Moskau in der nach Wilhelm Pieck benannten Straße, statt.

Zur Tagung und Eröffnung des Komintern-Museums im Hauptgebäude der RGSU reiste u.a. der Enkel von Georgi Dimitroff aus Sofia an. Vertreter mehrerer in der RF aktiver kommunistischer Parteien, darunter der KPRF, der Vereinigten Kommunistischen Partei und der Marxistischen Plattform, nahmen an der Veranstaltung teil.

An den drei Konferenztagen stellten über 90 Wissenschaftler aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Polen, Portugal, der Russischen Föderation, der Schweiz, Spanien und den USA in zehn Arbeitskreisen ihre Forschungsergebnisse zu folgenden Schwerpunkten vor: Der ideologisch-politische Kampf in der internationalen kommunistischen Bewegung; Das Erbe Gramscis; Der II. Kongress der Komintern; Die Revolutionen 1918-19 in Europa; Die internationale Bedeutung der Komintern; Die Komintern: Menschen und Organisationen; David Rjasanow – Wissenschaftler und Revolutionär. Es ist geplant, die Ergebnisse der Tagung zu publizieren.

Ziel der Ausstellungsmacher und des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung war es, die Ausstellung „Die Weltpartei aus Moskau“ an den mit der Gründung der Komintern verbundenen historischen Orten einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen. Mit Hilfe des Plechanow-Archivs in Sankt Petersburg konnte die Ausstellung am 2. April 2019 in der Nationalbibliothek eröffnet werden. An der die Ausstellungseröffnung begleitenden Fachtagung in der Nationalbibliothek nahmen acht Wissenschaftler aus Deutschland, Griechenland, der Russischen Föderation und der Türkei teil.

Die oft kontrovers geführten Debatten über die internationale Arbeiterbewegung sowie über die von den per Videokonferenz zugeschalteten Teilnehmern aus der Türkei befürwortete und von den teilnehmenden Historikern angezweifelte Reaktivierung der Internationale spiegeln das Erfordernis wider, sich der Geschichte dieser Bewegung zuzuwenden und dabei immer noch feststehende

Mythen und Legenden zu überwinden.

Im Rahmen einer internationalen Fachtagung in der Berliner Landesstiftung der Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte die Ausstellung am 12. April einem interessierten Publikum gezeigt werden. In der anschließenden Debatte sprachen Dr. *Wladislaw Hedeler*, Dr. *Manfred Mugrauer* (Wien) und Prof. Dr. *Alexander Vatlin* (Moskau). A. *Vatlin* stellte sein demnächst im Berliner BasisDruck Verlag erscheinendes Buch über den Zweiten Kongress der Komintern vor, M. *Mugrauer* berichtete über seine Forschungen zu Leben und Werk von Karl Steinhardt, des ersten Vorsitzenden der KPÖ und Gründungsmitglied der Komintern.

Die Beiträge der Berliner Tagung werden in der Schriftenreihe des Bildungsvereins „Helle Panke e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin“ und im Heft 3/2019 der Zeitschrift „Berliner Debatte. Initial“ publiziert.

Wladislaw Hedeler (Berlin)

8. Bundesweite Berufsverbote-Konferenz

Hannover, 4. Mai 2019

Im Jahr 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt den „Radikalenerlass“, wonach „Verfassungsfeinde“ fortan nicht mehr in den öffentlichen Dienst eingestellt werden sollten. Die Folgen waren u.a. 3,5 Millionen Überprüfungen, 11.000 Berufsverbotsverfahren, etwa 1.500 Berufsverbote fast ausschließlich gegen Linke, gebrochene Biographien und materielle Nöte. Die nur schwer fassbaren immateriellen Auswirkungen sind jedoch auch zu nennen: Einschüchterung, Diskreditierung von linken Politikangeboten, Schwächung linker Parteien und Gruppen.

Bis heute spüren die ehemaligen Betroffenen finanzielle Einbußen. Auch heute gibt es Fälle von Berufsverbot. Darüber hinaus ist die Zunahme autoritärer Staatlichkeit insgesamt – zumeist unter dem Deckmantel „wehrhafte Demokratie“ – an vielen Stellen sichtbar. Somit schlossen sich nicht ohne Grund im November 2011 Betroffene zur Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ zusammen. Viele politische Aktionen und die Gründung weiterer Bündnisse zum Thema „Radikalenerlass“ folgten. Schließlich fand im Mai 2012 die erste bundesweite Berufsverbote-Konferenz in Frankfurt a.M. statt. Die diesjährige Konferenz ist inzwischen die achte und fand am 4. Mai in Hannover statt. Knapp 40 Teilnehmende, darunter vornehmlich ehemals Betroffene, diskutierten über aktuelle Entwicklungen und politische Handlungsperspektiven.

Zunächst berichtete der Bundes-Arbeits-Ausschuss von seiner Arbeit. Der Ausschuss wurde im Jahr 2018 zur besseren Handlungsfähigkeit des Bündnisses ins Leben gerufen. Die derzeit neun Mitglieder organisieren u.a. einen „Ratschlag“ am 5. Oktober 2019 in Frankfurt a.M. zum Thema „Demokratieabbau und Gegenwehr“. Hier sollen insbesondere bündnispolitische Fragestellungen diskutiert werden. Im Mittelpunkt stehen dabei alle Organisationen und Bewegungen, die

sich für den Erhalt bzw. die Ausweitung demokratischer Rechte einsetzen. Dass Diskussionen um derartige Bündnisse dringend notwendig sind, skizzierte *Klaus Stein* in einem Impulsreferat. Er betonte die Existenz zweier Tendenzen in der politischen Arena: Einerseits würden demokratische Rechte durch den Aufstieg rechter Parteien und zunehmende autoritäre Staatlichkeit bedroht; andererseits würden Bewegungen stärker, die eine (Re-)Demokratisierung einzuleiten versuchen. Bestimmende Themen seien dabei Umwelt, staatliche Repression, Rechtsentwicklungen, Urheberrecht und die Freiheit im Netz. Die Bewegung gegen Berufsverbote solle schließlich, so *Stein*, Bestandteil dieser Initiativen zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft werden. Dem Referat folgte eine lange Diskussion der Teilnehmenden, in denen die Diagnose Steins weitgehend bestätigt wurde. Keine vollständige Einigkeit konnte in der Frage erzielt werden, welche Rolle Initiativen gegen die Berufsverbotspraxis im Rahmen dieser Bewegungen spielen sollen.

Danach berichteten die Teilnehmenden über Entwicklungen in den jeweiligen Bundesländern sowie im Bund. Besonders hervorzuheben sind dabei in Baden-Württemberg und Hamburg vergebene Forschungsaufträge zur Aufarbeitung der Berufsverbote. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen laufen Gespräche mit Landtagsfraktionen, um materielle Entschädigungen und Rehabilitation zu erreichen. Doch auch darüber hinaus zeigen sich die einzelnen Gruppen in den Ländern sehr aktiv – oft auch in Kooperation mit der GEW. Als sehr geeignete Mittel, um die Geschichte der Berufsverbote in das öffentliche Bewusstsein zu bringen, haben sich die ursprünglich in Niedersachsen konzipierte Ausstellung „Vergessene‘ Geschichte“ – bereits an 47 Orten wurde diese gezeigt – und die Homepage www.berufsverbote.de erwiesen. Berichtet wurde außerdem vom „Neuen Heinrich-Heine-Fonds“. Für diesen Fonds werden Spenden gesammelt, um ehemals Betroffene zu unterstützen, die sich aufgrund der Berufsverbotspraxis bis heute in finanziellen Notlagen befinden. Ferner konnten zwei einschlägige Buchpublikationen angekündigt werden, zunächst die Dissertation von Alexandra Jaeger „Auf der Suche nach ‚Verfassungsfeinden‘. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971-1987“ im Juni 2019. Zudem erscheint in Herausgeberschaft der Heinz-Jung-Stiftung im Herbst 2019 ein Sammelband (Arbeitstitel „Berufsverbote: Ein ‚unrühmliches Kapitel‘ der Bundesrepublik. Der ‚Radikalenerlass‘ von 1972 und das, was geblieben ist“).

Die Betroffenen der Berufsverbote haben in den letzten Jahren einiges erreicht. Auch die wissenschaftliche und journalistische Aufarbeitung des „Radikalenerlasses“ wurde vorangetrieben. Inwieweit das Bündnis sichtbarer Teil einer Demokratiebewegung werden kann und ob die Forderung nach materieller sowie immaterieller Rehabilitation mehr Früchte tragen als bisher, bleibt abzuwarten. Es wäre gut für die Demokratie in Deutschland.

Dominik Feldmann

Wo steht die EU? Wo geht sie hin?

Veranstaltung von attac, Friedenswerkstadt Frankfurt, Initiative Europa neu begründen und Initiative Eurexit, Frankfurt/M., 18. Mai 2019

Ziel der Veranstaltung mit etwa 50 Teilnehmenden war eine Diskussion der pluralen Linken zum Thema EU und Europa, eine Fortsetzung der attac Konferenz in Kassel vom Oktober 2018.¹

Im Eröffnungsplenum analysierte *Steffen Stierle* (Initiative Eurexit) den aktuellen Zustand der EU und beschrieb ihn als anhaltende Multikrise. Diese produziert einen Berg von Problemen und Herausforderungen, die von der EU aufgrund einer strukturellen Handlungsunfähigkeit nicht konstruktiv bearbeitet werden können. Wohin sich die EU bewegt, kann natürlich niemand sagen, aber sehr unwahrscheinlich ist (1) eine „ever closer union“ (Vereinigte Staaten von Europa) und (2) eine Implosion der EU. Da sich Frankreich und Deutschland mit ihren unterschiedlichen bis gegensätzlichen Modellen blockieren, ist zu befürchten, dass die EU weiter vor sich hin dümpelt (auf Sicht fährt), wodurch die Probleme allerdings eher mehr als weniger werden.

Felix Jaitner (Journalist) berichtete über die osteuropäischen EU-Länder. Er verwies auf widersprüchliche Entwicklungen in den südlichen und östlichen Peripherie-Ländern der EU, wobei sich letztere nach 1990 in eine verlängerte Werkbank, insbesondere der deutschen Automobilindustrie, verwandelt haben und deshalb seit der Krise 2008 durchaus auch profitieren konnten. Für Jaitner ist Osteuropa ein Labor neoliberaler EU-Politik, besonders im Hinblick auf soziale Polarisierung und ökonomische Abhängigkeit. Im Unterschied zu Russland und der Ukraine gibt es in diesen Ländern aber keine eigene Bourgeoisie, keine Oligarchen. Die Rechtsentwicklung in den östlichen EU-Ländern ist eine Reaktion auf die Krise, nicht zuletzt deshalb, weil die Rechten als erste auf die Verwerfungen nach 1990 reagiert haben, während sozialdemokratische Parteien die neoliberale Wende vorantrieben. Tatsächlich hat die osteuropäische Rechte mit Teilen der neoliberalen Politik gebrochen, z.B. betreibt sie eine Rückkehr des Staates, bekämpft aber zugleich die Gewerkschaften und den sozialen Fortschritt. Es wird immer offensichtlicher, dass die EU ihr Wohlstandsversprechen nicht einlösen kann, weshalb sie statt auf Anreize zunehmend auf autoritäre Führung und Zwang baut. Ob der Austritt Großbritanniens wegen der Verhandlungstaktik der EU nicht mehr zur Debatte steht, wie Jaitner meint, muss man nach der EU-Wahl und dem Sieg der Brexit-Partei eher bezweifeln. Dort, wo in der EU noch Einigkeit besteht, nämlich bei der Aufrüstung und der Flüchtlingsabwehr, erkennt Jaitner Spiel-

¹ Aufzeichnungen der Veranstaltung: <https://www.youtube.com/watch?v=NYoSrwaGpTo&list=PL3NhZhwE6hciCHoJED5FgyNFsiGMEalBs&index=1>. Vgl. auch: Attac (Hg.): Entzauberte Union. Mandelbaum kritik&utopie, Wien 2017, sowie: Attac (Hg.): Ein anderes Europa ist möglich, Hamburg 2019.

räume für linke Politikansätze – allerdings eher für Bewegungen als für Parteien.

Dass sich die EU nur noch auf Fluchtabwehr und Aufrüstung (PESCO) einigen kann, zeigt, wie schlimm es um die EU steht, so *Steffen Lehndorff* (Initiative Europa neu begründen). Er wollte den Blick auf Risse im Lager der Herrschenden lenken und suchte nach möglichen Anknüpfungspunkten und Handlungsspielräume für linke EU-Politik. Als Beispiel nannte er eine Akzentverschiebung bei der neoliberalen Politik zwischen Kommission (pragmatisch) und der Hanse-Gruppe (dogmatisch). Er plädierte dafür, Regelverstöße von z.B. Spanien, Portugal und Griechenland zu unterstützen. Als die Krise 2008ff. das Scheitern neoliberaler Politik (gemessen an ihren Ansprüchen) sichtbar machte, leitete die EU ein verschärftes, nämlich autoritäres Revival eben dieser Politik ein. Dagegen, so Lehndorff, müsse die außerparlamentarische Linke mit rot-rot-grüner Perspektive Druck machen. In der Energiewende sieht Lehndorff das zentrale Thema der Zukunft, auch begünstigt durch breiteste Bündnisoptionen.

In der Debatte wurden folgende Themen angesprochen und vertieft: Die EU könne aufgrund ihrer neoliberalen Politik sehr wohl selbstverschuldet implodieren; zu beachten seien geopolitische Implikationen, z.B. deutsche und europäische Industriepolitik; in Osteuropa gebe es eine gewisse Stabilisierung durch Abwanderung, wobei es verstärkt auch wieder zu Rückwanderungen komme; wichtig seien Transformationsstrategien, insbesondere Energiewende.

Klaus Dräger (Initiative Eurexit) analysierte die Positionierung der Parteien vor der EU-Wahl, insbesondere der Linken. Dazu fasste er die im EU-Parlament vertretenen Parteien in drei Blöcken zusammen und prognostizierte deren Abschneiden im neuen Parlament: (1) Die harte Rechte könne, je nach Zurechnung, mit 130–170 Mandaten rechnen (tatsächliches Ergebnis: 177); (2) der radikalen Linke traute er 46–51 Mandate zu (Ergebnis: 38); und (3) die „extreme Mitte“, d.h. alle anderen Parteien (Kriterium: „einigungsfähig“), könne mit 420–450 Mandaten rechnen (Ergebnis: 513) (21 Mandate gingen an andere Parteien). D.h. die „einigungsfähige“ extreme Mitte von liberal über grün und sozialdemokratisch bis konservativ hat, wie Dräger vorhersagte, keine echten Sorgen, dass alles wie bisher weitergehen kann. Daran wird die leicht erstarkte harte Rechte wenig ändern können, und die Linke verlor noch mehr als befürchtet. Rot-rot-grüne Spekulationen können damit erst einmal zur Seite gelegt werden.

Drei Arbeitsgruppen am Nachmittag behandelten die Themen „Großbritannien – wie weiter?“ „Italien – ein schwieriger Fall“ sowie „Außen- und Militärpolitik“. Das Abschlussplenum wurde mit der Frage eingeleitet, welche Risse es in der EU-Elite gibt und wie man diese für linke Strategien nutzbar machen kann. *Peter Wahl* (Wissenschaftlicher Beirat von Attac) griff das Bild auf, sagte aber, dass es sich dabei um ein strukturell bedingtes Auseinanderklaffen handelt. Das heißt aber nicht, dass diese Unstimmigkeiten im herrschenden Block für linke Politik nutzbar gemacht werden können. Er verwies auf das Beispiel der Finanztransaktionssteuer, eine Gründungsforderung von attac. Nachdem diese zunächst als völlig abwegig bezeichnet wurde, sah es zwischendurch einmal so

aus als würde die EU sie einführen, bevor sie dann von Macron (in seiner Sorbonne-Rede) endgültig beerdigt wurde. Gescheitert ist sie nicht zuletzt an der Kapitalverkehrsfreiheit, eine der vier sakrosankten Grundfreiheiten des Binnenmarktes (und die einzige, die auch über die EU hinaus gilt). Die Binnenmarktregeln, so Wahl, reißen mit dem Hintern ein, was unter günstigen Bedingungen einmal an progressiven Forderungen beschlossen wurde. In der EU muss alles marktkonform sein. Der Konstitutionalismus, also die Umwandlung der neoliberalen Marktfreiheiten in EU-Primärrecht durch den EuGh verhindert praktisch jeden echten Fortschritt.

Alexandra Strickner (Attac Österreich) bemängelte, dass in der Öffentlichkeit meist nur von Pro-Europäern (Pro-EU) und Nationalisten die Rede ist, nicht aber von radikalen EU-Kritiker*innen, die für ein anderes Europa plädieren. Bezugnehmend auf das Buch von attac Österreich (s. unten) betonte sie, wie wichtig es für die gesellschaftliche Linke ist, über die Kritik hinaus handlungsfähig zu werden, um Kräfteverhältnisse zu verändern. Als Beispiel nannte sie die Rückkehr der bereits erledigt geglaubten Bolkestein-Richtlinien (Stärkung des Binnenmarktes im Bereich Dienstleistungen), die z.B. auf kommunaler Ebene sabotiert werden kann. Überhaupt wies sie mit Nachdruck darauf hin, was auf lokaler Ebene alles getan werden kann, um die Durchsetzung neoliberaler EU-Politik zu verhindern. Die Linke dürfe es nicht rechten Parteien überlassen, sich neoliberaler Politik der EU zu verweigern (wie z.Zt. Italien); Strickner rief dazu auf, dass insbesondere die Umweltbewegungen und die Gewerkschaften aufeinander zugesehen müssen.

Beate Scheidt (Ökonomin beim Vorstand der IG Metall) begann mit der Feststellung, dass Deutschland eine exportlastige Ökonomie mit wichtigen Wertschöpfungsketten in der EU, insbesondere in Osteuropa sei (d.h. 35-36 Prozent der „deutschen“ Wertschöpfung seien ausländisch) und dass diese Wertschöpfungsketten existenziell seien und stabilisiert werden müssten. Natürlich sei die EU kein soziales Erfolgsmodell, aber „unsere“, d.h. die deutsche Erfolgsgeschichte müsse verteidigt und stabilisiert werden. Diese Position wurde in der anschließenden Diskussion stark kritisiert. Seit der Krise 2008 ff., so Scheidt, gebe es ein leichtes Umdenken in der EU hin zu sozialen Themen. Diesen Widerspruch zwischen Reformbemühungen und ausbleibenden echten Fortschritten, erläuterte sie anhand mehrerer Beispiele. Eine Alternative zu diesen Bemühungen sah sie allerdings nicht. Beim Thema Digitalisierung und CO₂-Steuer sah sie vor allem eine Gefährdung von Arbeitsplätzen. Auch hier wurde ihr in der Diskussion widersprochen.

Insgesamt war die Diskussion nach diesen Präsentationen sehr lebhaft. Stichworte zu einzelnen vorgetragenen Positionen sind:

- Die EU schützt die Menschen nicht vor der neoliberalen Globalisierung, vielmehr treibe sie diese entscheidend voran (Kapitalverkehrsfreiheit, Freihandelsabkommen u.a.).
- Wer ist gemeint wenn Linke sagen, „wir müssen...“? Da sind nationale Bewegungen gefragt, in Großbritannien wie in Deutschland und anderswo. Die Fran-

zosen haben mit den Gelbwesten bereits einen Anfang gemacht.

- Die Politik der EU sei auf ganzer Linie gescheitert (Soziales, Demokratie, Ökologie, Entwicklungspolitik u.a.).

- Das linke Werben für „Mehr Europa, aber anders“ sei seit 30 Jahren erfolglos. Für größere Herausforderungen ist die EU demgegenüber keine Hilfe sondern ein Hindernis. Wir müssen die EU de-legitimieren und – auf der Basis eines linken Internationalismus, nicht eines antidemokratischen Supranationalismus – echte Alternativen zur EU formulieren.

- Real seien z.Zt. in der EU keine linken Forderungen durchsetzbar; deshalb müssten Linke wenigstens auf dem diskursiven Feld mit klaren Positionen präsent sein. Die Linke müsse verhindern, als Verteidiger der EU wahrgenommen zu werden; dazu müsse sie sich mit einer emanzipatorischen Perspektive für Europa auch von den Rechten abgrenzen.

Insgesamt ist es gelungen, die in Kassel begonnene Diskussion innerhalb der pluralen Linken weiter voranzutreiben. Ein großes Problem heute ist der Zeitfaktor: für langsame Schritt-für-Schritt Lösungen ist bei einigen der brennenden aktuellen Problem keine Zeit mehr.

Siegfried Müller-Maige

Digitale Revolution und Gesellschaft – Was bringen die Roboter?

Workshop an der TU Dresden, 14 und 15. Juni 2019

Gemeinsam mit dem Referat für Politische Bildung des Studentenrats der TU Dresden führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen am 14./15. Juni 2019 an der TU Dresden eine Workshop zur „digitalen Revolution“ durch. Für die TeilnehmerInnen zur Podiumsdiskussion im Dresdner Projekttheater am Freitagabend und zum Workshop an der TU am Samstag hat sich das Kommen gelohnt. Nach einhelliger Meinung waren die Impulsvorträge äußerst informativ, hatten durchaus unterschiedliche und kontroverse Blickwinkel. Die Diskussion fand auf hohem Niveau statt und warf eine Reihe weiterführender Fragen auf.

Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion sollte das Manifest „#digitallinks. 10 Punkte für eine digitale Agenda der LINKEN“ stehen. Es war schon 2017 von Katja Kipping, Julia Schramm, Anke Domscheit-Berg, Petra Sitte und Martin Delius vorgelegt worden. Als Mitautorin saß an diesem Abend die Bundestagsabgeordnete *Petra Sitte*, Obfrau der Enquête-Kommission „Künstliche Intelligenz“ und Mitglied in den Ausschüssen „Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“ und „Digitale Agenda“ im Podium. *Tino Heim*, Soziologe an der TU Dresden, war ihr Gesprächspartner. Die Berliner Journalistin *Vera Linss*, bei Deutschlandfunk Kultur für die Sendung „Breitband“ verantwortlich, moderierte das Gespräch. In der lebendigen Diskussion geriet das

Manifest selbst etwas aus dem Blick, dafür wurde eine große Breite an Folgen von Digitalisierung und Roboterisierung zur Sprache gebracht und diskutiert. Die abschließende Frage, ob Technikoptimismus oder -pessimismus überwiegen, wurde salomonisch beantwortet: man könne optimistisch sein, wenn die technologische Entwicklung im Interesse der Menschen vollzogen würde. Blicke sie jedoch der Profitorientierung verhaftet, seien die Folgen höchst widersprüchlich und blinder Optimismus eher fehl am Platze.

Den Workshop am Sonnabend eröffnete der Wirtschaftswissenschaftler *Jürgen Leibiger* vom Dresdner Arbeitskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit einer Einführung in das Thema. Er verglich die Reichweite der gegenwärtigen Produktivkraftumwälzung mit der industriellen Revolution, in der dem Arbeiter die Werkzeuge aus der Hand genommen und der Maschinerie einverleibt wurden. Dies ermöglichte es, die Grenzen der Fingerfertigkeit der Arbeiter und ihrer Körperkraft zu überwinden. Mit der großen Maschinerie wurden dann die Betriebsweise, die Produktionsorganisation und das Beziehungsgefüge zwischen Arbeit und Kapital sowie die gesamte Lebensweise umgewälzt. Die heutige Umwälzung bestehe darin, dass nicht nur körperliche, sondern auch Teile der geistigen Arbeit durch Maschinen und Algorithmen substituiert würden, was ebenfalls weitreichende Folgen für die Struktur der Gesellschaft und ihre Arbeits- und Lebensweise habe. Abschließend gab er einen Überblick über verschiedene Sichtweisen zu der Frage, was diese Umwälzung für die Existenz des Kapitalismus bedeutet.

Das erste Impulsreferat des Workshops hielt *Rainer Fischbach*, Berliner Softwareexperte und Publizist. Seiner Meinung nach besteht der Kern der gegenwärtigen technologischen Veränderung in der informationellen Integration des Produktlebenszyklus; Hersteller, Zulieferer und Nutzer der Produkte rückten immer enger zusammen und die Flexibilität ihrer Beziehungen erhöhe sich. Es komme zu wachsenden Abhängigkeiten und fragilen Grenzen zwischen Privatsphäre, Industrie und Öffentlichkeit. Die Arbeitswelt würde sich zwar verändern, von einem „Verschwinden“ der Arbeit könne allerdings keine Rede sein. Obwohl sich damit die Gesellschaft verändere, handele es sich um keinen fundamentalen Innovationsschub, sondern um eine „Scheinrevolution“, die durch die einmalig rasche Diffusion der digitalen Techniken hervorgerufen würden, die ihre Wurzel in relativ weit zurückliegenden Innovationen hätten.

Über „Automatisches Subjekt oder Selbstbestimmung. Denken im Anschluss an Marx“ sprach *Peggy H. Breitenstein* vom Institut für Philosophie der Universität Jena. Sie betonte die Bedeutung der Marxschen Methodologie auch für die Analyse der gegenwärtigen Veränderungen. Die Kategorie der Produktivkraft könne nicht losgelöst von den jeweiligen Produktionsverhältnissen analysiert werden. Von daher bezweifle sie, dass Marx von einer „digitalen Revolution“ gesprochen hätte. Den technisch-technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt voranzutreiben sei konstitutiv für den Kapitalismus. Von daher sei auch der Digitalisierungsprozess evolutionär und keineswegs

revolutionär im emphatischen Sinne einer sozialen Revolution. Für eine Revolutionierung wäre es nötig, dass Menschen selbst und gemeinsam über die materiellen Bedingungen der Reproduktion, Gestaltung und Entfaltung ihres in- zwischen auch „digitalisierten“ Lebens und ihrer Lebenszeit bestimmen und verfügen. Marx hätte in seiner Analyse auf die disruptiven Folgen der Digitalisierung verwiesen und den Blick auf die realen Skandale des digitalen Kapitalismus gelenkt, die sich aus der Orientierung auf Kapitalverwertung und –akkumulation ergeben. Die heutigen Regulierungen im digitalen und sozialen Bereich, die Open-Source-Projekte und Solidaritätsappelle, wie sie auch das Manifest „#digitallinks“ fordere, würden sich als „Schmiermittel“ für das Weiterbestehen der herrschenden Verhältnisse erweisen. Ohne die Überführung von Internet, Plattformen usw. in Gemeineigentum könne eine Transformation der Digitalisierung in eine soziale Revolution nicht beginnen.

Christoph Wimmer, Berliner Sozialwissenschaftler und Journalist, widmete sich im dritten Referat der „Digitalisierung zwischen Emanzipationsversprechen und neuen Herrschaftsformen“. Wimmer betonte, die Technik sei nicht neutral; ihr Wesen sei vielmehr aus ihrer gesellschaftlichen Einbettung zu erschließen. Deshalb seien die Versuche, Digitalisierung als automatische Entwicklung hin zu einem wie auch immer gearteten Postkapitalismus zu erklären, wie auch die Befürchtung, die Technik sei ein eigenmächtiger oder gar schicksalhafter Herrschaftszusammenhang, dem wir ausgeliefert seien, verfehlt. *Wimmer* stellte zwei linke, durchaus gegensätzliche Positionen zur Technik vor. Die eine betone deren Herrschaftscharakter. Es sei notwendig, sie nicht einfach nur von ihrer kapitalistischen Anwendung zu befreien, sondern auf eine Befreiung von der Technik selbst zu zielen. Die andere Position gehe davon aus, dass die Technik das Wissen der Gesellschaft versammle und dadurch in Widerspruch zu ihrem privaten Besitz und zu ihrer profitorientierten Anwendung gerate. Die Technik sei das, was den Kapitalismus „übersteige“. Gegen diese beiden Sichtweisen setzte *Wimmer* seine These von der Selbstermächtigung der Menschen im Rahmen der Digitalisierung. Sie beginne mit dem Widerstand und mit neuen Praktiken mit und gegen diese Technik. Streiks, Hackerangriffe und die ganze Breite von subversiven Off- und Online-Aktivitäten müssten Bestandteil solcher Praktiken sein. Wenn der Kommunismus die freie Assoziation der Individuen ist, so ist seine Vorbereitung nichts anderes als die kollektive Herausbildung selbstständiger Handlungsfähigkeit unter den neuen Existenzbedingungen des Kapitalismus.

Den Reigen der Referate schloss *Julia Schramm*, Bloggerin und Referentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE ab. Im Mittelpunkt ihres Vortrags stand die Frage nach einem digitalen Sozialismus. In Abwandlung eines Lenin-Zitats brachte sie ihn auf die Formel „Sozialismus = Digitalisierung und Demokratie“, betonte aber auch den unfertigen Charakter einer solchen Definition. Er schließe die Überwindung der patriarchalischen und rassistischen Grundzüge der heutigen Gesellschaft sowie der Religion des Geldes ein. Dieser Sozialismus funktioniere nicht ohne Arbeit, ersetze aber Lohnarbeit und Ausbeutung durch die „vita activa“, das „tätige Leben“, wie Hannah Arendt es

nannte. Der Digitalisierung, der digitalen Vernetzung und der verstärkten Nutzung geistiger Güter wohne eine spezifische soziale Sprengkraft inne, die sich freilich nicht automatisch entfalte, sondern durch die progressiven Kräfte gezündet werden müsse.

Die Diskussion zwischen und nach den Referatsblöcken berührte eine Vielzahl der aufgeworfenen Fragen und präsentierten Sichtweisen. Hervorgehoben seien die Fragen, ob es sich bei der Digitalisierung um evolutionäre oder revolutionäre Produktivkraftentwicklung handele, wie tragfähig die Vorstellung eines „Sozialismus aus dem Computer“ mit einem hohen Grad an Vernetzung und Planung sei und welche Herangehensweise an die digitale Entwicklung einer linken Perspektive adäquat seien. Auf die Frage an die abschließende Podiumsrunde, welche Probleme durch Linke und linke Wissenschaftler im Zusammenhang mit dem Thema des Workshops vordringlich stärker zu analysieren seien, wurde eine ganze Reihe an Gegenständen genannt und durch die Workshop-TeilnehmerInnen ergänzt. Auf einige von ihnen sollte kurz hingewiesen werden: Wie sehen die Klassen, die Klassenkämpfe und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen im digitalen Kapitalismus aus und welche Erfahrungen liegen dafür speziell in den Bereichen der Digitalwirtschaft vor? Wie könnten sich die Formen der Demokratie verändern, welche netzgestützten Formen für Diskurse, Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse sind praktikabel und könnten auch in einer post-kapitalistischen Gesellschaft eine Rolle spielen? Welche psychischen Veränderungen vollziehen sich mit der Digitalisierung und welche Schlussfolgerungen sind daraus für die Politik, die Pädagogik und das kommunikative Handeln zu ziehen? Bei der Vielzahl dieser Fragen – es waren insgesamt fast ein Dutzend - ihrem weitreichenden Charakter und die Breite der zu diskutierenden Probleme drängt sich dem Berichterstatter das Fazit auf, dass die digitale Umwälzung wohl doch nicht nur eine evolutionäre Weiterentwicklung kapitalistischer Technik beinhalte, sondern von fundamentaler Bedeutung für die Existenz des Kapitalismus und des Sozialismus sein wird.

Jürgen Leibiger